ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Pfister, Jürgen

Article — Digitized Version

Probleme einer politischen Theorie der Inflation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pfister, Jürgen (1981) : Probleme einer politischen Theorie der Inflation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 47-52

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135521

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Probleme einer politischen Theorie der Inflation

Jürgen Pfister, Wiesbaden

Das Aufkommen einer politischen Theorie der Inflation hat wieder einmal zu einer heftigen Kontroverse über die Ursachen der Inflation geführt. Am Beispiel der Verteilungskampfhypothese stellt unser Beitrag die theoretischen und methodologischen Probleme der politischen Theorie der Inflation dar und geht auf ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen ein.

Angesichts des Widerspruchs zwischen der behaupteten Beherrschbarkeit der Inflation in der ökonomischen Theorie und der beobachteten Dauerhaftigkeit der Inflation in der Realität der westlichen Industrieländer hat es in den letzten Jahren zahlreiche Versuche gegeben, die gesellschaftlichen Ursachen des anhaltenden Geldwertschwundes aufzudecken[1]. Die Bezeichnung „politische Theorie der Inflation" hierfür ist aber in mancherlei Hinsicht irreführend. Weder ist bislang eine geschlossene Theorie entwickelt worden, noch sind es im strengen Sinne immer politische Ursachen, die für die Inflation letztlich verantwortlich gemacht werden. Vielmehr gibt es eine Fülle konkurrierender Hypothesen, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen:

□ Soziologische Hypothesen führen Inflation vor allem zurück auf den Verteilungskonflikt, aber auch auf sozialen Wandel bzw. einen Wertwandel, soziale Desintegration und so fort.

□ Politische Hypothesen zur Erklärung von Inflation benennen als Ursache die demokratische Ordnung, stimmenmaximierendes Verhalten der Regierung, Unvollkommenheiten im politischen Prozeß usw.

□ Die sozialpsychologischen Hypothesen schließlich versuchen die Inflation mit Anspruchsverhalten, relativer Deprivation, einer Änderung monetärer Attitüden, einer kollektiven Neurose und so fort zu erklären.

Daneben werden Änderungen im ökonomischen System genannt, die vermittelt über den politischen Prozeß inflationsfördernd wirken, wie eine staatliche Vollbeschäftigungsgarantie, geänderte Wettbewerbsverhältnisse auf Güter- und Faktormärkten, das Anwachsen des öffentlichen Sektors, eine disparitätische Einkommensentwicklung und so fort. Zur Vereinfachung werden im folgenden alle Hypothesen, die eine gesellschaftliche Bedingtheit der Inflation postulieren, unter der Bezeichnung „politische Theorie der Inflation" zusammengefaßt.

Das Aufkommen einer politischen Theorie der Inflation hat nun zu einer heftigen Kontroverse über die Ursachen der Inflation geführt[2]. Dabei wird überwiegend davon ausgegangen, daß eine politische und eine ökonomische Theorie der Inflation konkurrierende Erklärungsansätze darstellen. Tatsächlich handelt es sich von der Idee her aber um komplementäre Theorien, die geeignet erscheinen, den oben dargestellten Widerspruch aufzuheben und über die logische Möglichkeit eines inflationsfreien Zustandes hinaus die konkreten Bedingungen für (mehr) Geldwertstabilität aufzuzeigen. Gleichzeitig ermöglicht es die politische Theorie der Inflation die Kosten der Geldwertstabilität bzw. einer Stabilisierungsstrategie im umfassenden Sinne zu bestimmen, so daß am Ende möglicherweise eine mäßige Inflation einem Zustand mit stabilem Preisniveau überlegen erscheint. Während nämlich die ökonomischen Inflationstheorien die Veränderungsrate des Preisniveaus als zu erklärende Variablen in Beziehung setzen zu einer erklärenden Variable des ökonomischen Bereichs, wie etwa der gesamtwirtschaftlichen Überschußnachfrage, einem Anstieg des Kostenniveaus oder der Veränderungsrate der Geldmenge, versucht die politische Theorie der Inflation zu er-

Dr. Jürgen Pfister, 28, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Verfasser gibt seine eigene Auffassung wieder.

[1] In jüngster Zeit etwa G. Zis: Towards a Politico-Economic Analysis of Inflation, in: Kredit und Kapital, 13. Jg. (1980), S. 215-238; für die Bundesrepublik N. Kloten, K.-H. Ketterer, R. Vollmer: Zur Entwicklung des Geldwertes in Deutschland. Eine sozioökonomische Erklärung, Tübingen 1980; K.-H. Ketterer, R. Vollmer: Sozio-ökonomische Aspekte der Geldwertentwicklung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 60. Jg. (1980), H. 8, S. 407-412.

[2] Beispielhaft seien nur genannt K. Brunner: The Political Economy of Inflation. A Critique of the Sociological Approach and a Reinterpretation of Social Facts. Manuskript, Mai 1978; R. J. Gordon: World Inflation and Monetary Accommodation in Eight Countries. Brookings Papers, 1977, S. 409-468; D. Laidler: Inflation – Alternative Explanations and Policies: Tests on Data Drawn From Six Countries, in: K. Brunner, A. H. Meltzer (Hrsg.) Institutions, Policies and Economic Performance. Amsterdam 1976; M. Parkin: The Politics of Inflation: An Economist's View, in: Government and Opposition, Vol. 10, 1975, S. 189-202.

klären, warum eine Überschußnachfrage entsteht, das Kostenniveau steigt bzw. die Geldmenge je Produkteinheit zunimmt. Trotz der Komplementarität von ökonomischer und politischer Theorie der Inflation ist die heftige Kritik von ökonomischer Seite an der politischen Theorie dann gerechtfertigt, wenn entweder eine direkte Verbindung zwischen den sozialen Ursachen und der Inflationsrate unter Außerachtlassung ökonomischer Zusammenhänge behauptet wird, oder wenn die tatsächliche Entwicklung der Vergangenheit ohne theoretisches Konzept und damit auch ohne Falsifikationsmöglichkeit mit Hilfe von zusammengesuchten Vorgängen im sozialen Bereich (wie etwa den Mai-Unruhen in Frankreich 1968) ex post plausibel gemacht wird[3].

Verteilungskampfhypothese

Aus soziologischer Perspektive stellt sich die Frage, ob die Struktur und Organisation des gesellschaftlichen Systems einen „inflationary bias" aufweist. Aus der Fülle von Hypothesen über Inflationsursachen im gesellschaftlichen Bereich wählen wir die am meisten diskutierte Hypothese vom „Verteilungskampf" als Ursache der Inflation. Gemäß der Verteilungskampfhypothese ist die Inflation die Folge einer „Realeinkommenslücke" (Turvey), d. h. die Summe der beanspruchten Anteile der Gruppen am Realeinkommen ist größer als eins.

Eine Theorie, die den Verteilungskampf als Ursache der Inflation bezeichnet, hätte – nachdem die Kontrahenten und das Objekt des Streites genau benannt sind – vor allem drei Fragen zu beantworten:

☐ Welche Elemente und Organisationsmuster des sozialen Systems sind für die Existenz und die Intensität des Verteilungskonfliktes maßgeblich (Existenz- und Intensitätsbedingungen)?

☐ Wie muß das soziale System im Umfeld des Verteilungskonfliktes strukturiert sein, damit der Konflikt seine „Lösung" (Regelung) in Inflation findet (Randbedingungen)?

☐ Wie ist der Transmissionsprozeß vom Verteilungskonflikt zum Anstieg des Preisniveaus konkret zu spezifizieren?

Eine Antwort auf die erste Frage ist vor allem unter zwei Aspekten von Bedeutung. Falls der Nachweis gelingt, daß der Verteilungskonflikt Inflationsursache ist, fällt der Antiinflationspolitik die Aufgabe zu, die für die Existenz des Konflikts bestimmenden Systemstrukturen zu modifizieren, mindestens jedoch für eine geringe Intensität des Verteilungsringens zu sorgen. Wenn die Theorie beansprucht, nicht nur das Auftreten einer Inflation (qualitativ) erklären zu können, sondern auch einen beobachtbaren Inflationstrend, vielleicht sogar selbst die jährlichen Schwankungen um den Trend, müssen die Faktoren bekannt sein, die die Intensität des Verteilungskonfliktes bestimmen. Für eine empirische Überprüfung der Theorie bedarf es darüber hinaus genauer Meßvorschriften für die Intensität des Konfliktes.

Die zweite Frage läßt schon erkennen, daß eine Analyse der gesellschaftlichen Ursachen der Inflation immer auch eine Vorstellung von Struktur und Funktion des gesamten sozialen Systems voraussetzt. Am Beispiel der Verteilungskampfthese läßt sich dieser Zusammenhang veranschaulichen. Ein Verteilungskampf als Auseinandersetzung der Interessengruppen führt nur dann zu Inflation, wenn etwa im ökonomischen System bestimmte Wettbewerbsverhältnisse bzw. Bedingungen der Lohn- und Preisbildung gegeben sind und vom politischen System eine Alimentierung des Verteilungsringens (Vollbeschäftigungsgarantie, endogene Geldpolitik) garantiert wird. Die Frage, inwieweit dann noch Verteilungskampf als Ursache gelten kann, ist zweitrangig; wesentlich ist vielmehr, daß jeder Versuch, Inflation außerökonomisch zu erklären, eine Vorstellung von der inneren Struktur des sozialen Systems voraussetzt. Die ökonomische Analyse trägt diesem Erfordernis insoweit Rechnung, als sie sämtliche (relevante) Umweltfaktoren wohl erfaßt, aber im Datenkranz festschreibt.

Bevor nun dargestellt wird, inwieweit die Literatur zur „Verteilungskampftheorie" eine Antwort auf die entwickelten Fragen bereit hält, soll noch auf zwei Konsequenzen der Verteilungskampfthese aufmerksam gemacht werden. Zum einen ist Inflation nach dieser Theorie das Resultat des verteilungsorientierten Handelns der Individuen und Gruppen und nicht das eigentliche Ziel, in diesem Sinne also ungewollt. Damit steht die Theorie im Gegensatz zu der Behandlung des Inflationsproblems in der Neuen Politischen Ökonomie (Theorie des politischen Konjunkturzyklus). Hier wird Inflation (via Geldmengenexpansion) bewußt eingesetzt als Instrument der Wirtschaftspolitik zur Steuerung der Beschäftigung. Zum anderen ist die Verteilungskonfliktthese mit der Auffassung vom neuartigen Charakter der heutigen Inflation („new inflation") nur dann vereinbar, wenn es (a) früher keinen Verteilungskonflikt gegeben hat, (b) der Konflikt heute eine neue Qualität aufweist oder (c) die Rahmenbedingungen sich verändert haben.

[3] „In short, there is among the proponents of the sociological view of inflation a proclivity towards a nonscientific approach to social questions" (*D. Laidler*, a.a.O., S. 255).

In den neueren Arbeiten zur Verteilungskampftheorie der Inflation wird über das hinaus, was bereits in den 50er Jahren dazu geschrieben worden war[4], vor allem versucht, das Vordringen bzw. die Verschärfung des Verteilungskonfliktes zu begründen. Die in der ersten Frage angesprochenen Existenzbedingungen des Verteilungskampfes bleiben in allen untersuchten Arbeiten mehr oder weniger ungeklärt – das Vorhandensein eines Verteilungskampfes scheint so selbstverständlich, daß es einer Begründung nicht bedarf. Koblitz[5] verweist etwa darauf, daß „keine bestehende Verteilung naturwüchsig ist", der Organisationstyp der Gesellschaft „Arten und Formen der gegebenen Konflikte" (mit)bestimmt und „arbeitsteilige Gesellschaftswirtschaften" zu Verteilungskonflikten neigen. Wenn der Verteilungskonflikt/-kampf nun aber so offensichtlich ist, sollte es den Autoren ein Leichtes sein, das begriffliche Konzept zu operationalisieren[6]: Woran ist der Verteilungskampf erkennbar? Auch hierzu bleibt die Theorie die Antwort weitgehend schuldig; vielfach werden nicht einmal die Kontrahenten und der Gegenstand des Konfliktes näher bezeichnet.

Wichtiger noch als die Frage nach der Existenz des Verteilungskampfes ist die Angabe der Bestimmungsgründe für seine Intensität, denn eine Verteilungskampftheorie der Inflation müßte ceteris paribus einen Zusammenhang zwischen Konfliktintensität und Inflationsrate behaupten. In der Literatur finden sich sowohl theoretische als auch empirische Begründungsmuster. Weiterhin kann unterschieden werden zwischen Veränderungen im ökonomischen System (z. B. Stagnation) und Wandlungen im gesellschaftlich-politischen Bereich (sozialer Wandel, Wertwandel) als Ursache für die Konfliktverschärfung. So findet sich etwa das Argument, die Intensität des Verteilungskampfes sei abhängig vom Organisationsgrad der Gesellschaft. Mit dem Übergang von einer atomistisch organisierten Gesellschaft zu einer „versäulten", von Gruppen und Verbänden beherrschten Gesellschaft erhält der Verteilungskonflikt eine neue Qualität. Ganz ähnlich die These, die Konfliktintensität sei abhängig von der Marktmacht der Unternehmer und Arbeiter und ihrer Bereitschaft, diese Macht zu nutzen. Der Zusammenhang von Konfliktintensität und Wohlstandsniveau wird vielfach dahingehend interpretiert, daß mit wachsendem Wohlstand Verteilungsfragen eher noch bedeutsamer werden. Die Rolle der Inflation in diesem Zusammenhang ist sehr umstritten. Die Ansichten reichen von einer konfliktmildernden Funktion („social mollifier") bis hin zur alleinigen Ursache des (verschärften) Konflikts[7]. In den empirischen Analysen wird vielfach die Verschärfung des Konflikts in Verbindung gebracht mit dem „heutigen Gleichheitsstreben"[8]. Daneben findet sich der Hinweis auf eine gewachsene Macht der Gruppen, speziell der Gewerkschaften, und andere gesellschaftliche Wandlungsprozesse.

Mangel an theoretischer Argumentation

Resümierend müssen wir feststellen, daß es den bisherigen Ansätzen zu einer Verteilungskampftheorie der Inflation nicht gelungen ist, die Bestimmungsgründe für Existenz und Intensität des Verteilungskonfliktes überzeugend darzulegen. Das Schwergewicht liegt auf der empirischen Argumentation, wobei sowohl die konfliktverschärfenden Momente selbst als auch ihr Zusammenhang zur Konfliktintensität weitgehend unbewiesen bleiben. Der Mangel der theoretischen Argumentation besteht zum einen darin, daß „keiner der postulierten Wirkungszusammenhänge empirisch getestet oder auch nur soweit operationalisiert worden ist, daß er an der Realität testbar wäre" (Strümpel), und zum anderen darin, daß eine mechanistische Beziehung zwischen Situation (Krise) und Reaktion (Konflikt) unterstellt wird.

Strümpel[9] hat nun mit Hilfe von empirischen Studien den Zusammenhang von Krise und Konflikt näher untersucht und die Bedingungen für eine Konfliktverschärfung herausgearbeitet. Als Voraussetzung für Konfliktverhalten nennt er Enttäuschung, Illegitimität und Instrumentalität. Ein Zustand (Einkommensverteil-

[4] Vgl. etwa H. Aujac: Inflation as the Monetary Consequence of the Behavior of Social Groups, in: International Economic Papers, Vol. 4, 1954, S. 109-123; M. Bronfenbrenner: Some Neglected Implications of Secular Inflation, in: K. Kurihara (Hrsg.): Post-Keynesian Economics, New Brunswick 1954.

[5] H. G. Koblitz: Inflation – Preis unserer Demokratie, Freiburg-Würzburg 1978.

[6] Fautz geht ausführlich der Frage empirischer Evidenz der Verteilungskampftheorien nach. Die Anzahl empirischer Studien ist sehr gering, und die dort gewählten „Indikator- bzw. Proxievariablen für das nichtbeobachtbare Konzept ‚Verteilungskampf' dürften kaum geeignet sein als Indikator für das, was sie messen sollen". Dieses Ergebnis spricht freilich nur gegen den gegenwärtigen Stand dieser Theorie und nicht gegen die ihr zugrunde liegende Hypothese. Vgl. W. Fautz: Verteilungskampfhypothesen der Inflation. Eine kritische Übersicht, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 114. Jg. (1978), S. 163-183.

[7] "While expectations are catching up with events, however, there is inevitable disappointment about realized real income levels. It would be easy enough to take such a symptom of inflation for a fundamental cause and it is not surprising that competition over real income levels is often looked upon as lying at the root of the inflationary process." D. Laidler: Essays on Money and Inflation, Manchester 1975. „Es ist jedoch in einem fundamentalen Sinne genau umgekehrt. Inflation ist das Ergebnis des sozialen Unfriedens." E. Streissler: Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, Zürich 1973.

[8] "The struggle for economic equality is to the twentieth century what the struggle for political rights was to the nineteenth century." A. Jones: The New Inflation, Harmondsworth 1973.

[9] B. Strümpel: Stagflation und Verteilungskonflikt, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 55. Jg. (1975), H. 4, S. 189-194.

lung) oder eine Entwicklung (Wachstumsverlangsamung) können verstärkte gesellschaftliche Spannungen nur dann hervorrufen, wenn dadurch die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte enttäuscht werden, zusätzlich die Anpassungskosten ungleich verteilt sind und darüber hinaus Instrumente zur Abwehr von Nachteilen für die eigene Gruppe zur Verfügung stehen[10]. So führt z. B. eine Veränderung der Einkommensverteilung in Phasen der Stagnation zu einer Konfliktverschärfung.

Die von Strümpel aufgezeigten Verfahren können die Verteilungskampftheorie der Inflation einer empirischen Überprüfung näherbringen. Die Darstellung der Bedingungen für eine Konfliktverschärfung relativiert die These vom „einfachen Kausalzusammenhang zwischen Stagnation und Konflikt".

Soziale Randbedingungen

Nach der Begründung von Existenz und Intensität des Verteilungskampfes gilt es nun zu prüfen, wie das soziale Umfeld der Auseinandersetzung um die Verteilung spezifiziert sein muß (Randbedingungen), damit sich der Verteilungskampf in Inflation übersetzt[11]. Im gesellschaftlichen Bereich kann als wesentliche Randbedingung eine Organisation der Interessen der Einkommensbezieher in Verbänden gelten. Der Zusammenschluß ist Vorbedingung für Marktmacht und „außermarktliche" Macht. Zusätzlich müssen diese Gruppen ein „Realeinkommensbewußtsein" entwickeln und sich bewußt verteilungsorientiert verhalten. In der Folge eines solchen Verhaltens entstehen dann „bestimmte sozial-ökonomische Institutionalisierungen wie Quasi-Vollbeschäftigungs-Garantie, Starrheit der Preise und Einkommen ‚nach unten', Nicht-Rückführbarkeit ‚sozialer Errungenschaften' u. ä." (Koblitz). Jeder Gruppe stehen nun in der Verteilungsauseinandersetzung spezifische Instrumente zur Verfügung. Verteilung und Wirksamkeit dieser Instrumente hängen ab von der Struktur des sozialen Systems. In diesem Sinne ist auch die „Lohn-Preis-Spirale" kein Gesetz, sondern Resultat bestimmter Strukturmuster.

Auf ökonomischer Ebene lassen sich grundsätzlich Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit der Verteilungskampf zu einem höheren (Nominal)Einkommen(santeil) führt, von den Bedingungen unterscheiden, die eine Übersetzung des Einkommensanstiegs in Erhöhungen des Preisniveaus erlauben. Ein hoher (unveränderter) Beschäftigungsgrad wird in beiden Fällen als wesentliche Voraussetzung anerkannt. Eine Erhöhung der Lohnquote durch Anhebung des Lohnsatzes beispielsweise kann über ein vermindertes Beschäftigungsvolumen und/oder einen Anstieg des Preisniveaus verhindert werden. Eine Überwälzung der gestiegenen Lohnkosten auf die Preise ist dabei um so eher und vollständiger zu erwarten, je höher der Beschäftigungs- bzw. Auslastungsgrad ist. Gestiegene Nominaleinkommen und erhöhte Preise bei unverändert (hohem) Beschäftigungsgrad stellen sich darüber hinaus nur dann ein, wenn eine monetäre Alimentierung (elastisches Geldangebot) des Vertellungskampfes garantiert ist und die Preis- und Einkommenserhöhungen nicht durch eine Einkommenspolitik verhindert werden. In der Literatur wird die Verteilungskampftheorie überwiegend als erweiterte Cost-push-Theorie präsentiert. Somit gelten oft auch oligopolistische und monopolistische Marktstrukturen – als Analogon eines hohen Organisationsgrades im gesellschaftlichen Bereich – und Inflexibilität der Preise (nach unten) als Randbedingungen im ökonomischen System.

Die Randbedingungen im politischen System finden – der soziologischen Ausrichtung der Verteilungskampftheorie entsprechend – nur eine geringe Beachtung[12]. So wird etwa auf die grundsätzliche Möglichkeit der Regierung hingewiesen, die „monetary relationships" (Aujac) zwischen den Gruppen so zu beeinflussen, daß Inflation verhindert wird. Die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der Regierung hängen u. a. ab von der Regierungsweise („democratic or authoritarian") und von der Partei oder sozialen Gruppe, die politische Macht besitzt. Der Widerstand der sozialen Gruppen kann eine Antiinflationspolitik verhindern.

Der technische Vorgang der Transmission des Verteilungskampfes auf die Entwicklung des Geldwertes wird überwiegend nach Cost-push-Manier gedacht. Die Auseinandersetzung findet aber nicht nur auf Märkten statt und wird nicht nur mit ökonomischen Mitteln ausgetragen. Koblitz[13] zufolge führen erhöhte An-

[10] Vor diesem Hintergrund erklärt sich für Strümpel, warum die Wirtschaftskrise (1974/75) „fast ohne Einfluß auf das gesellschaftliche Konfliktniveau" geblieben ist. Die Wirtschaftssubjekte haben ihre Ansprüche angepaßt, die Kosten der Anpassung hatten vornehmlich Randgruppen zu tragen (ausländische und jugendliche Arbeitnehmer), die Verantwortung konnte einer anonymen Weltwirtschaft zugeschrieben werden, und die Bedingungen für eine Instrumentalisierung von Konflikten waren ausgesprochen schlecht (hohe Arbeitslosigkeit). B. Strümpel: Die Krise des Wohlstands, Stuttgart 1977, S. 111.

[11] „Es ist allerdings nicht der der Wirtschaftsordnung immanente Verteilungskonflikt an sich, sondern dessen spezielle Austragung, die durch veränderte ökonomische und politische Machtverhältnisse in der Marktwirtschaft westlicher Industrienationen geprägt wird. ...Wenn man also die Verteilungsinflationshypothese pointiert formuliert, dann ist der heutige Inflationstrend die Folge der ökonomischen und politischen Macht der Arbeit im Wirtschaftssystem des Kapitals." H. A. Pfromm: Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, Köln 1975, S. 43 bzw. 46.

[12] Dieser Aspekt steht im Mittelpunkt der Inflationsanalyse in der Neuen Politischen Ökonomie, speziell der Theorie des politischen Konjunkturzyklus.

sprüche zu autonomen Einkommenssteigerungen, die die durchschnittlichen Stückkosten erhöhen und via Aufschlagspreisbildung einen Preisanstieg herbeiführen. Die „Gelenkstellen" in diesem Übertragungsmechanismus sind allerdings noch unvollständig erforscht. Rowthorn[14] geht in seinem Modell ausschließlich der Frage nach, wie der Verteilungskonflikt die Inflationsrate beeinflußt, und gelangt zu folgendem Zusammenhang: „money → demand → conflict → prices"[15]. Damit ist in eleganter Weise der Verteilungskonflikt integriert (endogenisiert), ohne den Rahmen eines ökonomischen Modells zu verlassen [conflict = f (demand)]. Hinsichtlich des Erklärungswertes wäre hier natürlich die Kritik an der monetaristischen und anderen ökonomischen Theorien völlig analog anzuwenden.

Schwächen der Verteilungskampftheorie

Die hier nur kurz skizzierten Schwächen der Verteilungskampftheorie der Inflation können als symptomatisch gelten für den Zustand der politischen Theorie der Inflation insgesamt. Das Defizit nahezu aller sozialwissenschaftlich orientierten Inflationstheorien läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

□ Erstens ist zu bemängeln, daß diese Theorien ohne Paradigma operieren. Die Verlängerung der Kausalkette zur Erklärung von Inflation in den sozialen Bereich hinein ist sicherlich notwendig und vermittelt neue Einsichten. Aber die Implikationen eines solchen Schritts werden selten bedacht. Zu fragen wäre insbesondere, inwieweit eine Durchbrechung des Datenkranzes an einer Stelle möglich erscheint, ohne daß die Grenze zwischen „endogenen" und „exogenen" Kräften des sozialen Systems (noch) fragwürdiger wird[16], und inwieweit mit den Methoden der ökonomischen Analyse soziale Prozesse überhaupt adäquat erfaßt werden können[17]. Methodologische Differenzen verhindern darüber hinaus eine einfache Addition oder Hinzufügung von Ergebnissen der Nachbardisziplinen zu ökonomischem Modelldenken.

□ Zweitens wird in der politischen Theorie der Inflation das Verhältnis zu den ökonomischen Theorien offengelassen. Soziale Prozesse können letztlich nur dann die Inflationsrate bestimmen, wenn sie auch Einfluß auf die Entwicklung der Geldmenge haben. Erklärungen der Inflation unter Hinweis auf eine Verschärfung des Verteilungskonflikts oder eine Veränderung des Anspruchsniveaus der Bevölkerung bleiben so lange Spekulation, die man plausibel finden mag oder auch nicht, wie nicht schlüssig nachgewiesen ist, daß mehr Verteilungskampf auch die Notenbank zur Schaffung von mehr Geld veranlaßt. Unterschiedliche politische Bedingungen und eine unterschiedliche rechtliche und faktische Stellung der Notenbank in den einzelnen Ländern lassen einen einfachen Zusammenhang zwischen Verteilungskampf und Inflation von vornherein unplausibel erscheinen. Hinzu kommt, daß die sozialen und politischen Konstellationen eines Landes im Zeitablauf nicht konstant sind. Dies erschwert die Erklärung abwechselnder Phasen zunehmender und abnehmender Inflationsraten. Wer etwa in der Phase weltweiter Inflationsbeschleunigung Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre ungeschützt eine Verschärfung des Verteilungskampfes aufgrund des Vordringens der Gleichheitsidee als Ursache benannt hat, muß sich fragen lassen, ob denn danach die Gleichheitsidee wieder an Attraktivität verloren hat.

□ Drittens erweist sich die politische Theorie der Inflation bislang als ungeeignet, Inflation als ein „Weltphänomen" zu erklären. Die ökonomische Theorie hat recht erfolgreich den internationalen Inflationsverbund in Abhängigkeit vom Wechselkurssystem analysiert. Und während die ökonomische Theorie, jedenfalls im System fester Wechselkurse, internationale Unterschiede in den Inflationsraten zu begründen hat, muß die politische Theorie eher die Parallelität in der Entwicklung erklären. Neben vereinzelten Versuchen, auch internationale soziale Transmissionsprozesse zu begründen, wie etwa der Demonstrationseffekt höherer Löhne in einem Land, bleibt ansonsten nur die implizite Unterstellung, die national wirksamen sozialen Kräfte würden zugleich in allen Ländern effektiv werden.

---

[13] Vgl. H. G. Koblitz: Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, Berlin-NewYork 1971, S. 50 f. und S. 74.

[14] B. Rowthorn: Conflict, Inflation and Money, in: Cambridge Journal of Economics, Vol. 1, 1977, S. 215-239.

[15] Eine konflikttheoretische Erklärung, die sich zur Ergänzung eines monetaristischen Modells bedient, würde den Ablauf anders spezifizieren: conflikt → money → demand → prices. Der sogenannte „sociological approach" in der neueren Ursachenkontroverse sieht den Zusammenhang wieder anders: conflict → wages → prices (→ money). Die vierte Variante ist schließlich die ökonomische (monetaristische) Sichtweise: money → demand → prices → conflict.

[16] "Indeed there is nothing exogenous to the world as a whole, and the very use of the word endogenous smacks of a metaphysics based on the separate existence of university departments." P. Wiles: Cost Inflation and the State of Economic Theory, in: Economic Journal, Vol. 83, 1973, S. 394.

[17] „Vielleicht ist angesichts der offensichtlichen Inadäquatheit der bisherigen Versuche, die wirtschaftliche Wirklichkeit theoretisch in den Griff zu bekommen, nicht eine ‚Ergänzung' des ökonomischen Denkens durch Heranziehen fragmentarischer Thesen aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, auch nicht eine Auswechslung, sondern vielmehr ein einfacher Wandel der Perspektive, eine bewußte Revision der ökonomischen Grundfragestellung notwendig, die den Unterschied zwischen ‚ökonomischer', ‚politischer' und ‚soziologischer' Betrachtungsweise radikal zum Verschwinden bringt." H. Albert: Nationalökonomie als Soziologie, in: Kyklos, Vol. 13, 1960, S. 1-41.

Bei aller Kritik am Vorgehen der politischen Theorie der Inflation sollte ihr richtiger Ausgangspunkt nicht vergessen werden. In Abwandlung eines Ausspruchs von Friedman können wir feststellen: Inflation ist immer und überall ein politisches Phänomen und – wir können hier mit Friedman fortfahren, ohne in einen Widerspruch zu geraten – resultiert aus einem Anstieg der Geldmenge pro Outputeinheit.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Zum Abschluß wollen wir kurz verdeutlichen, welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen sich aus der Einbeziehung sozialer Faktoren in die Inflationserklärung ergeben. Um sinnvollerweise wirtschaftspolitische Empfehlungen aussprechen zu können, müssen drei Bedingungen erfüllt sein:

□ Zu einer rationalen Beurteilung der Inflation ist die genaue Kenntnis ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkungen und Funktionen erforderlich. Es bedarf also einer Kosten-Nutzen-Analyse sowohl der Inflation, als auch der möglichen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung. Der Versuch einer systematischen Erfassung allein der ökonomischen Inflationswirkungen führt zu beachtlichen Defiziten des Wissens in diesem Bereich.

□ Als zweite Bedingung kann die Kenntnis der Inflationsursachen gelten. Eine Analyse der alten (cost push versus demand pull) wie der neuen (monetäre/monetaristische versus politische Theorie) Ursachenkontroverse innerhalb der ökonomischen Theorie zeigt zum einen, daß die Ursachen der Inflation selbst in der Wirtschaftstheorie nach wie vor umstritten sind; zum anderen aber, daß die ökonomische Theorie bestenfalls die ökonomischen Ursachen identifizieren kann und damit die Kausalkette nicht weit genug zurückverfolgt wird, um zu Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik zu gelangen[18].

□ Die Auswahl geeigneter Instrumente für eine Stabilisierung des Geldwertes setzt die Kenntnis von Struktur und Funktionsweise des politischen und des gesellschaftlichen Systems voraus, denn beide sind in die Antiinflationspolitik involviert. Das politische System ist vor allem bei der Frage von Bedeutung, ob es für die Entscheidungsträger dort von Vorteil ist, die eine oder andere Maßnahme zu ergreifen. Die Bedingungen im gesellschaftlichen System sind im wesentlichen für die Erfolgsaussichten der Eingriffe maßgeblich.

Vordergründig ergibt sich damit die paradoxe Situation, daß es im Rahmen einer umfassenden politischen Theorie der Inflation bislang nicht möglich ist, Empfehlungen abzugeben, während auf der Basis des verengten ökonomischen Ansatzes stets solche Empfehlungen ausgesprochen werden. Die ökonomische Theorie ist dazu in der Lage, weil sie

□ ohne hinreichende Begründung Inflation als Übel kennzeichnet bzw. Geldwertstabilität zum Ziel erhebt,

□ von einem verkürzten ökonomischen Ursachenbegriff ausgeht und

□ implizit unterstellt, daß den Politikern Geldwertstabilität ebenfalls als Ziel gilt und im gesellschaftlichen System keine Restriktionen vorliegen, die eine aus ökonomischer Rationalität gewonnene Antiinflationspolitik verhindern.

Der Unterschied zwischen der politischen Theorie der Inflation und der herkömmlichen ökonomischen Theorie in bezug auf die wirtschaftspolitische Verwertbarkeit besteht also darin, daß erstere beim gegenwärtigen Stand, letztere aber prinzipiell ungeeignet ist, über die Formulierung notwendiger Bedingungen für eine Stabilisierung des Geldwertes hinaus Anleitungen für die Wirtschaftspolitik zu geben.

[18] "It is not enough for economists to issue the facile judgement that inflation would end if governments would simply reduce the growth rate of the money supply, because this recommendation unrealistically ignores the reaction of constituents prepared to vote against politicians who carry out such a policy." R. J. Gordon: The Demand for and Supply of Inflation, in: Journal of Law and Economics, Vol. 18, 1975, S. 808.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

REDAKTION:
Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (040) 35 62 306/307

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:
Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 40,-)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wünsch, 8430 Neumarkt/Opf.

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (040) 35 62 500

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.